



Wenchao Li / Hartmut Rudolph (Hg.)

„Leibniz“ in der Zeit des Nationalsozialismus

Philosophie

Studia Leibnitiana – Sonderhefte 42

Franz Steiner Verlag

Wenchao Li / Hartmut Rudolph (Hg.)
„Leibniz“ in der Zeit des Nationalsozialismus

studia leibnitiana sonderhefte

Im Auftrage der Gottfried-Wilhelm-Leibniz-Gesellschaft e.V.

herausgegeben von Herbert Breger, G. H. R. Parkinson, Heinrich Schepers
und Wilhelm Totok

In Verbindung mit Michel Fichant, Emily Grosholz, Nicholas Jolley,
Klaus Erich Kaehler, Eberhard Knobloch, Massimo Mugnai, Pauline Phemister,
Hans Poser, Nicholas Rescher, André Robinet, Martin Schneider
und Catherine Wilson

Band 42

Wenchao Li / Hartmut Rudolph (Hg.)

**„Leibniz“ in der Zeit
des Nationalsozialismus**



Franz Steiner Verlag

Die Tagung wurde gefördert durch die Deutsche
Forschungsgemeinschaft (DFG)
Gedruckt mit Unterstützung der Leibniz-Stiftungsprofessur der
Leibniz Universität Hannover und der Landeshauptstadt Hannover

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek:

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen
Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über
<<http://dnb.d-nb.de>> abrufbar.

Dieses Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt.
Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes
ist unzulässig und strafbar.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2013

Druck: Offsetdruck Bokor, Bad Tölz

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier.

Printed in Germany.

ISBN 978-3-515-10308-4

INHALTSVERZEICHNIS

WENCHAO LI (Hannover/Potsdam)	
Einführung	7
CARSTEN KLINGEMANN (Bad Essen)	
Leibniz-Forschung und die Preußische Akademie der Wissenschaften im Kontext der nationalsozialistischen Wissenschaftspolitik – Ein wissenschaftssoziologisches Modell.....	15
JENS THIEL (Berlin/Halle)	
Leibniz-Tag, Leibniz-Medaille, Leibniz-Kommission, Leibniz-Ausgabe – Die Preußische Akademie der Wissenschaften und ihr Ahnherr im „Dritten Reich“	41
GEORGE LEAMAN (Charlottesville, VA)	
Offering Leibniz to Hitler – Otto Reichl Verlag and the Leibniz Ausgabe	75
ANNETTE VOGT (Berlin)	
Anneliese Maier und Liselotte Richter – Zwei Wissenschaftlerinnen in der Leibniz-Edition der Preußischen Akademie der Wissenschaften	87
EWALD GROTHE (Wuppertal)	
„Reichsidee“ und „Nationalbewußtsein“ – Das Leibniz-Bild des Verfassungsjuristen Ernst Rudolf Huber in der Zeit des Nationalsozialismus	105
HARTMUT RUDOLPH (Hannover)	
Leibniz’ Metaphysik im Urteil Karl Barths und in der Schule des Kirchenhistorikers Erich Seeberg.....	117
MATTHIAS WILKE (Göttingen)	
Gottfried Wilhelm Leibniz in der Theologiegeschichtsschreibung Emanuel Hirschs	129
ENNO RUDOLPH (Luzern)	
Von der Metaphysik zur Politik – Cassirers Leibnizdeutung vor und nach 1928.....	141

DOMINIC KAEGI (Luzern)	
„Als hinge von dir ab das Schicksal der deutschen Dinge“ – Zur Leibniz-Rezeption bei Kurt Huber.....	151
PATRICK RILEY (Cambridge, MA)	
Paul Schrecker’s Defense of Leibniz’ Platonic Idealism Against the Dangers of Cartesian Voluntarism	171
HANS-JOACHIM DAHMS (Wien)	
Leibniz auf den Internationalen Philosophiekongressen in Prag und Paris (1934 und 1937)	185
MANFRED WALTHER (Hannover)	
Die Präsenz Spinozas in Deutschland während der Zeit des Nationalsozialismus – Spinoza als ‚Gegenbeweis‘ gegen den ‚zersetzenden‘ Einfluss des Judentums auf den deutschen Geist?	203
OLIVER AGARD (Paris)	
Die französische Leibniz-Rezeption der Zwischenkriegszeit.....	219
LUCA BASSO (Padua)	
Die Leibniz-Rezeption in Italien unter dem Faschismus.....	243
JAIME DE SALAS (Madrid)	
Ortega y Gasset – Interpreter of Leibniz and the Spanish Cultural Scene after the Civil War.....	253
GÁBOR GÁNGÓ (Budapest)	
Leibniz in der ungarischen Nationalcharakterologie der Horthy-Ära.....	265
KIYOSHI SAKAI (Tokio)	
Die japanische Leibnizforschung in der Zeit des expansiven Ultranationalismus	285
Personenregister.....	303

EINFÜHRUNG

Wenchao Li (Hannover/Potsdam)

Der vorliegende Band geht auf eine gemeinsame Arbeitstagung der Gottfried-Wilhelm-Leibniz-Gesellschaft und der Leibniz-Stiftungsprofessur der Universität Hannover im September 2010 zurück. Mit dieser Veranstaltung soll die Erforschung eines Themas angestoßen werden, das bislang noch keine monographische Darstellung erfahren hat: „*Leibniz*“ *in der Zeit des Nationalsozialismus*. Während der dreitägigen Konferenz wurden erstmals die vielfältigen Seiten dieses Themas unter wissenschafts-, philosophiegeschichtlichen und allgemeinhistorischen Gesichtspunkten angesprochen und kontrovers diskutiert¹. Bereichert mit einigen Beiträgen, die unter direkter Anregung durch die Tagung nachträglich entstanden sind, präsentiert der Band nun die Fülle der bereits erzielten wissenschaftlichen Erkenntnisse.

Es war den Organisatoren bewusst², dass der Umgang mit Leibniz in der Zeit des Nationalsozialismus ein äußerst vielfältiges und vielschichtiges Bild abgibt, wobei hier nicht die Leibniz' Universalität, seiner Philosophie und seinem politischen Wirken geschuldete Vielfalt, sondern eine Verbreiterung des Spektrums der Leibniz-Interpretationen gemeint ist. Angesichts bisheriger Enthaltensamkeit der Forschung, was nicht in einer Irrelevanz des Themas gründet, sondern vielmehr die Notwendigkeit anzeigt, sich um dessen Erforschung zu bemühen, haben die Veranstalter es sich zum Ziel gesetzt, zunächst die dazu nötige Forschung anzustoßen, Material zu sammeln, Einzelergebnisse vorzulegen, nicht jedoch durch vorschnelle Zuordnungen den Interpretationsrahmen thematisch und sachlich einengen oder verbiegen zu wollen.

Die Philosophie nimmt naturgemäß den größten Raum ein, wobei drei signifikante Namen im Zentrum stehen: Ernst Cassirer, Paul Schrecker und Kurt Huber. Auf Cassirers geradezu mit Emphase zum Ausdruck gebrachten Leibniz-Bezug in seiner Rede zur Verfassungsfeier 1928 geht Enno *Rudolph* (Luzern) explizit ein und erblickt darin eine direkt von Leibniz über Kant zu Cassirer führende liberale

- 1 Die Veranstaltung fand breites Echo in der Öffentlichkeit. Siehe K.-L. Baaders Bericht in der *Hannoverschen Allgemeinen Zeitung*, 29. September 2010, sowie W. Krischke: „Wie deutsch, wie europäisch sind Monaden?“, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 6. Oktober 2010, Natur und Wissenschaft, S. N4; H. Rudolph: „Tagungsbericht ‚Leibniz‘ in der Zeit des Nationalsozialismus“, in: *H-Soz-u-Kult*, 21.01.2011, <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/tagungsberichte/id=3496>. Der öffentliche Abendvortrag von Rolf Wernstedt ist erschienen: R. Wernstedt: *Prominenz und Propaganda (= Hefte der Leibniz-Stiftungsprofessur 5)*, Hannover 2011. Die oben genannten Berichte finden sich dort als Anhang auf S. 33–45.
- 2 Die thematische Einführung von Hartmut Rudolph zu Beginn der Tagung und die Kurzfassungen der Tagungsbeiträge wurden teilweise in das Folgende eingearbeitet.

Grundlegung einer Staats- und Rechtsphilosophie, die „mit vollem Nachdruck und mit aller Entschiedenheit das Prinzip der unveräußerlichen Grundrechte des Individuums“ (S. 144) vertritt – im klaren Gegensatz zu Thomas Hobbes' Souveränitätsabsolutismus, der nach Enno Rudolph in Deutschland sowohl direkt zu Carl Schmitt und dessen dezisionistischem Rechtsverständnis wie auch zu Arnold Gehlens Anthropologie des Institutionalismus führt. So sei Cassirers Leibniz, anders als etwa Heideggers, ein ebenso metaphysischer wie politischer Leibniz, „gerichtet gegen Institutionalismus, gegen Autoritativismus, gegen Kollektivismus und gegen Deautonomisierung des Bürgers“ (S. 146). Eine weitere, sicherlich noch aufschlussreichere Verbindungslinie von Leibniz zu Cassirer sieht Rudolph in der strikten Abgrenzung gegen Thomas Hobbes' naturalistisch begründeten Rechtsbegriff und gegen die nicht zuletzt von Carl Schmitt vertretene Nivellierung von Recht und Macht.

Ein ausgesprochener Kenner und Verteidiger des Leibniz'schen, auf Vernunft und Liebe gegründeten Rechtsverständnisses ist auch Paul Schrecker. Man denke an seine Rede vor der British Academy über Leibniz' Vorstellung einer Regelung der internationalen Beziehungen und die Leibniz'sche metaphysische Begründung von Recht, Gerechtigkeit als scharfe Gegenposition zu einer Auffassung, nach welcher der Stärkere festlegt, was Recht sei, und so die bloße Macht eines Souveräns zum Maßstab des Rechts wird³. Schrecker war bis 1933 Mitarbeiter der damals von der Preußischen Akademie der Wissenschaften betreuten Akademie-Ausgabe von Leibniz und sah sich als Jude veranlasst, über Frankreich in die USA zu emigrieren, wo er später zu einem der führenden Philosophiehistoriker wurde. Der Aufsatz von Patrick Riley (Cambridge, MA) befasst sich mit den Beiträgen Paul Schreckers zur Leibnizforschung, besonders mit dessen Ausgabe zu Leibniz' *Lettres et fragments inédits sur les problèmes philosophiques, théologiques [et] politiques de la réconciliation des doctrines protestantes*⁴ und seinem Vortrag „Descartes and Leibniz in 1947“⁵ in London anlässlich des 350. Geburtstages von Descartes und des 300. von Leibniz. Riley legt Schreckers Leibnizinterpretation dar und verweist dabei vor allem auf Leibniz' Bezug auf Platon, nicht zuletzt in der auch von Schrecker geschätzten Unionsschrift *Unvorgreifliches Bedenken über eine Schrift genandt Kurtze Vorstellung*⁶. In einem platonischen Licht wird auch der moralische Universalismus gezeigt, mit dem Leibniz sich gegen den radikal-cartesianischen Voluntarismus und die absoluten Urteile des Calvinismus wendet, zugunsten einer *jurisprudence universelle*, wie Leibniz sie 1698 in einem

3 Siehe P. Schrecker: *Leibniz. Ses idées sur l'organisation des relations internationales* (= *Proceedings of the British Academy*, vol. XXIII), London 1937.

4 G. W. Leibniz: *Lettres et fragments inédits sur les problèmes philosophiques, théologiques, politiques de la réconciliation des doctrines protestantes* (1669–1704), publiés avec une introduction historique et des notes par Paul Schrecker, Paris 1934.

5 P. Schrecker: „Descartes and Leibniz in 1947. On their 350th and 300th birthdays“, in: *Philosophy. The journal of the Royal Institute of Philosophy* 21 (1946), S. 205–233.

6 Vollständig ediert jetzt in A IV,7 N. 78 (erste Fassung), N. 79 (zweite Fassung).

Brief an Huldreich von Eyben angeht: „Die ganze Theologia practica ist ja nichts anders alß species jurisprudentiae summa, nempe de jure Dei [...]“⁷.

Dominic *Kaegi* (Luzern) geht in seinem Beitrag der Frage nach, ob der Rekurs auf Leibniz bei Kurt Huber, dem akademischen Mentor der Weißen Rose, nicht eine ähnlich motivierte Aktualisierung enthält wie die gerade von Schrecker geschilderte. Nicht weniger wertvoll sind aber auch Kaegis Exkurse auf Gerhard Krüger und Oskar Becker, zumal über beider Haltung in der Zeit des Nationalsozialismus während der Tagung heftig diskutiert wurde und sie trotzdem im vorliegenden Band keine eigenständige Behandlung finden konnten. Alle drei Autoren, so Kaegis Fazit, hätten in ihren Texten Leibniz als deutschen, wenn nicht elativisch als einen sehr deutschen Philosophen präsentiert; NS-Propaganda jedoch biete keiner der Texte. Es gebe, so Kaegi weiter, ganz offensichtlich Punkte, „in denen sich die Leibniz'sche Philosophie selbst bei schlechtem Willen nicht auf nationalsozialistisches Niveau herunterbrechen“ (S. 166) lasse: „Der Individualismus der Monadologie verträgt sich nicht mit dem Postulat des Völkischen, so wenig wie die prästabilisierte Harmonie mit der Vorstellung vom Kampf als Vater aller Dinge“ (ebd.). Instrumentalisieren lasse sich Leibniz nicht.

Dem Leibniz-Rekurs in der Rechtswissenschaft geht Ewald *Grothe* (Wuppertal) unter den Stichworten ‚Reichsidee‘ und ‚Nationalbewusstsein‘ nach und stellt dabei fest, dass die Leibniz-Rezeption bei den Juristen in der Zeit des Nationalsozialismus äußerst gering ausfalle. Am ehesten hätten sich die Rechtsphilosophen Karl Larenz (1903–1993) und Erik Wolf (1902–1977) mit dem Universalgelehrten befasst. Außer dieser Wahrnehmung von rechtsphilosophischer Seite hat sich der mit Larenz und Wolf in Kontakt stehende Staatsrechtler und Verfassungshistoriker Ernst Rudolf Huber (1903–1990) mit Leibniz beschäftigt. In einem Aufsatz von 1942 habe Huber allerdings weniger den Juristen und den Philosophen Leibniz rezipiert. Vielmehr sei Leibniz von ihm als Patriot und nationaler Denker eingeordnet worden, der eine ‚Reichsidee‘ und ein ‚Nationalbewußtsein‘ vertreten habe, die weit über seine Zeit hinauswiesen.

Vielschichtiger scheint das Leibniz-Bild in der protestantischen Theologie und der Kirchengeschichte gewesen zu sein. Nach Hartmut *Rudolph* (Hannover), der das Leibnizbild in der Schule des Kirchenhistorikers Erich Seeberg in den Mittelpunkt seiner Untersuchung stellt, hat die protestantische Theologie zur Zeit des Nationalsozialismus in höchst unterschiedlicher Weise zu Leibniz Position bezogen. Karl Barth als führender Vertreter der dialektischen Theologie habe z. B. in ihm den Inaugurator einer das religiöse Bewusstsein des 18. Jahrhunderts prägenden christlichen Philosophie gesehen; eine deutliche Gegenposition zur dialektischen Theologie habe auf anderer Seite der als Nationalsozialist engagierte Berliner Kirchenhistoriker Erich Seeberg eingenommen. Mit seinem Verständnis der konkreten Leibhaftigkeit des Geistes und einer auf Hegels Rechtsphilosophie zurückgreifenden Deutung der Inkarnation habe Seeberg direkt Erwin Metzke und dessen 1943 veröffentlichten Vortrag über Leibniz beeinflusst. An Metzkes Weg nach 1945 und der Rezeption seiner Schriften (etwa durch Karlfried Gründer)

7 A I,15, 137.

lässt sich Rudolph zufolge zudem die Frage der Kontinuität einer dem Nationalsozialismus angepassten philosophischen Anschauung im akademischen Diskurs der Nachkriegszeit erörtern.

Die explizite Bedeutung der Leibniz'schen Metaphysik für die protestantische Theologie zeigt Matthias *Wilke* (Göttingen) exemplarisch an der Rolle Leibnizens in Emanuel Hirschs Theologiegeschichtsschreibung. Hirsch, ein „Mensch im tiefsten Widerspruch“ (S. 130) und Vertreter der Lutherrenaissance, zeichne Leibniz als typisch deutsch, indem er ihn an der Theologie Luthers messe. Beides zusammengenommen, so Wilke, zeige einen Grundzug in Hirschs Theologiegeschichtsschreibung: „Die deutsche Aufklärungstheologie, die Hirsch mit Leibniz anheben lässt und gegen die französische und angelsächsische Aufklärung deutlich abgrenzt“ (S. 133), werde von ihm als „lediglich ein vereinfachtes und abgeschwächtes evangelisches Christentum“ (ebd.) gesehen. Differenziert stellt Wilke dar, dass der Nationalsozialismus für Hirsch primär keine politisch-ideologische, sondern eine revolutionär-ursprüngliche Erscheinung sei, welche das lutherische Christentum brauche, um Bestand zu haben, und der christliche Glaube brauche das revolutionäre Pathos der nationalsozialistischen Bewegung, um von vielen Menschen gelebt zu werden. In der Vermittlung beider sehe Hirsch eine zeitgemäße, dezidiert protestantische Adaption der bereits bei Leibniz aufgewiesenen „*deutschen idealistischen Weltansicht*“ (S. 135). In der konkreten Gestalt, die Hirsch ihr gibt, sei diese Umformung jedoch ignorant an den realpolitischen Entwicklungen vorbeigegangen.

Den vielfältigen Bemühungen, Leibniz zu „einem der deutschesten Denker der Deutschen“ (S. 201) in Anschlag zu bringen, standen oft Versuche gegenüber, die zersetzenden Einflüsse des Judentums auf das deutsche Geistesleben in Deutschland in Philosophie und Literatur, aber auch in den Einzelwissenschaften aufzuspüren. Geradezu exemplarisch dafür erscheint die Spinoza-Rezeption während der Zeit des Nationalsozialismus zu sein. Manfred *Walthers* (Hannover) extra für die Publikation im vorliegenden Band angefertigte Untersuchung über die Präsenz Spinozas betont, die Versuche, Spinoza als jüdisch-destruktiven Fremdkörper in der Geschichte der deutschen Kultur nachzuweisen, seien seltsam hilflos oder zumindest zwiespältig gewesen. Eine nicht schon vorweg vom Ergebnis überzeugte, argumentativ entfaltete Lösung des „Spinoza-Problems“ (S. 212) vermochten diese Versuche nicht anzubieten.

Von Anfang an wollten die Organisatoren das Thema nicht auf die innerdeutsche Situation beschränken, gerade wenn man diese genauer analysieren und bewerten möchte. So sollte beides, der Blick von außen auf Deutschland, etwa von der oben mit Cassirer und Schrecker beispielhaft bereits angesprochenen Emigration her, aber auch eine hiervon unabhängige zeitgenössische Leibnizforschung in anderen Ländern, zu komparatistischen Zwecken einbezogen werden. Die dazu notwendige Auswahl fiel neben dem in dieser Hinsicht ambivalenten klassischen Leibnizland Frankreich auf solche Länder, die, wie Spanien, Italien und Japan, dem nationalsozialistischen Deutschland politisch relativ nahe standen. Gábor *Gárgó* (Budapest), der an der Diskussion teilnahm, hat seinen Beitrag über Leibniz in der ungarischen Nationalcharakterologie während des ersten Weltkrieges

und in der Horthy-Ära nachgereicht. Bemerkenswerterweise scheint gerade jener ‚deutsche‘ Leibniz, „dessen Gestalt im kaiserlichen Deutschland aufgebaut wurde“ (S. 263), von ungarischen Intellektuellen wie Alexander, Pauler und Prohászka rezipiert worden zu sein. Den ungarischen Philosophen hat Gángó zufolge die Rückkehr zu einem politisch determinierten, vereinfachten Leibniz-Bild in Deutschland „eine so ausgezeichnete wie einzige Gelegenheit“ (S. 264) zur Bildung einer „kollektiven Identität“ (ebd.) geboten.

In Frankreich hätten sich hingegen nahezu sämtliche Strömungen der zeitgenössischen Philosophie auf Leibniz bezogen, seien es Léon Brunschvicgs Rationalismus, Émile Boutroux’ Spiritualismus, Henri Bergsons Lebensphilosophie, seien es die Phänomenologie, die religiös bestimmte und schließlich eine soziologisch orientierte Philosophie, etwa bei Georges Gurvitch und Victor Basch. Der Rekurs auf Leibniz betrifft nahezu sämtliche Bereiche, von der Logik über die Metaphysik (als natürliche Theologie) bis hin zur politischen und Rechtsphilosophie. Am Beispiel des Philosophen Jacques Chevalier zeigt Oliver Agard (Paris) zudem eine gewisse Kontinuität eines Teils jener Leibnizrezeption bis in den Konservatismus der „Révolution nationale“ (S. 236) des Pétain-Regimes auf.

Eine ähnliche Breite des Spektrums lässt sich in der bisher wenig beachteten Leibnizforschung im faschistischen Italien beobachten, die nach Luca Basso (Padua) einerseits unter dem Einfluss des Aktualismus Giovanni Gentiles stand und andererseits durch den aktiv gegen den Faschismus kämpfenden Philosophen und Leibnizianer Eugenio Colomi vertreten wurde. In beiden Ländern scheinen sich „Leibnizianer“ in den jeweiligen Regierungen oder in kritischer Auseinandersetzung mit diesen gefunden zu haben. Der Rekurs auf Leibniz ist deutlich vielfältiger, das Spektrum der Leibnizrezeption erheblich breiter als im nationalsozialistischen Deutschland.

Die Situation in Spanien beleuchtet Jaime *de Salas* (Madrid) am Beispiel Ortega y Gasset, der nach dem spanischen Bürgerkrieg bis zuletzt in seiner Leibnizmonographie *La idea de principio en Leibniz y la evolución de la teoría deductiva* (1958) eine kritische Distanz zur dominanten Philosophie des spanischen Katholizismus markierte. Jaime de Salas zeigt, wie Ortega y Gasset, der in den 20er Jahren Kritiker des Totalitarismus, insbesondere des Mussolini-Regimes und wesentlich an der Einrichtung der Zweiten Spanischen Republik 1931 und ihrer Verfassung beteiligt war, eine Auffassung von Philosophie verteidigt, die sich scharf von der im katholischen Spanien nach dem Bürgerkrieg vorherrschenden abgrenzt. Leibniz wird dabei als Schlüssel für ein breiteres Verständnis der Stärken und auch der Grenzen der Wissenschaften im 17. Jahrhundert und der Aufklärung im Allgemeinen verstanden.

Im Gegensatz zu diesen Ländern, so zeigt die Untersuchung von Kiyoshi *Sakai* (Tokio), konzentriert sich die zur Zeit des expansiven Ultrationalismus in Japan mit bahnbrechenden Arbeiten von Toratarō Shimomura und Gōichi Miyake aufblühende Leibnizrezeption unter dem Einfluss Kitarō Nishidas und dessen Uminterpretation der Monadologie auf wenige Kernfragen der Metaphysik. Die von Gōichi Miyake und Toratarō Shimomura aus ihrer jeweiligen Perspektive geleiteten bahnbrechenden Leibnizstudien gelten noch heute als Grundwerke japani-

scher Leibnizforschung. Die ebenfalls erörterte Frage, inwieweit sich jener spezifische Nationalismus im zeitgenössischen japanischen Leibnizbild widerspiegelt, lässt sich nicht einfach im Sinne unmittelbarer Beeinflussung positiv beantworten.

Einen „Sonderfall“ bieten die beiden Internationalen Philosophiekongresse, die 1934 in Prag und 1937 in Paris stattfanden. Hans-Joachim Dahms (Wien) beschreibt das unterschiedliche kulturelle und politische Umfeld der Kongresse, geht jeweils auf die inzwischen emigrierten und auf die „offiziellen“ (S. 186) deutschen Tagungsteilnehmer und ihre Beiträge ein und diskutiert, was von ihnen zum Thema „Leibniz“ auf den Kongressen bzw. im engen zeitlichen Zusammenhang publiziert worden ist. Dahms stützt sich dabei nicht nur auf die publizierten Kongressakten, sondern auch auf zeitgenössische Berichte in philosophischen Journalen und in Tageszeitungen und schließlich auf die Reiseanträge der deutschen Delegationsmitglieder und die zahlreichen Aktenbestände im Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes.

Alles bisher Angesprochene betraf die Ebene der Interpretation, des Bildes, das vom Gelehrten und Philosophen in den einzelnen Wissenschaftsdisziplinen gezeichnet wurde. Zu unserem Thema gehört jedoch auch der in Abschnitt I traktierte Leibniz, dessen sich die nationalsozialistische Politik annahm, sei es die Wissenschaftspolitik allgemein, sei es in Form politischen Einflusses auf die Leibniz-Edition in der von Leibniz gegründeten Preußischen Akademie der Wissenschaften. Letzterer, der Leibniz-Edition, sind gleich drei Beiträge gewidmet.

Nach Jens Thiel (Berlin/Halle) fühlte sich die Preußische Akademie der Wissenschaften in Berlin wie keine andere Wissenschaftsakademie, die Gottfried Wilhelm Leibniz angeregt hat, ihrem Gründer und ersten Präsidenten besonders verpflichtet. Alle ihre Leibniz-Aktivitäten wie Leibniz-Tag, Leibniz-Medaille, Leibniz-Kommission und Leibniz-Ausgabe, die direkt auf Leibniz Bezug nehmen, existierten schon vor 1933 und wurden nach 1945 von den in ihrer Nachfolge stehenden Wissenschaftsakademien weitergeführt. So sei Leibniz an der Preußischen Akademie der Wissenschaften auch im Nationalsozialismus eine zentrale Bezugsperson geblieben. Thiel thematisiert, welchen Einfluss die veränderten politischen und wissenschaftspolitischen Rahmenbedingungen des „Dritten Reiches“ und des Zweiten Weltkrieges auf Fortgang und Ausrichtung dieser Edition hatten. Detailliert wird dabei der Einfluss der NS-Politik mit ihren Merkmalen der Nazifizierung, „Arisierung“ (S. 42) und Militarisierung auf die personelle Zusammensetzung und die Arbeit der von der Preußischen Akademie der Wissenschaften betriebenen Leibniz-Edition beschrieben.

George Leaman (Charlottesville) nimmt die Schwierigkeiten der Publikation von Leibniz-Schriften in der NS-Zeit in Augenschein und beschäftigt sich mit der weitgehend noch unbearbeiteten Frage nach Rolle und Bedeutung von Verlegern bei der Produktion philosophischer Texte. Diese begreift er für das Verständnis von philosophischem Diskurs damals und heute als wesentlich. Leaman führt dem Leser den Versuch Otto Reichls, der mit erheblichen finanziellen Problemen zu kämpfen hatte, vor Augen, die Veröffentlichung der *Sämtlichen Schriften und Briefe Leibniz* dadurch zu ermöglichen, dass er Hitler anbietet, ihm die Ausgabe

zu widmen. Der entsprechende Brief vom 2. August. 1933 ist in diesem Band mit veröffentlicht (S. 8-82).

Zu den – wenigen – entschiedenen Gegnerinnen des NS-Regimes zählten zwei Wissenschaftlerinnen, die Mitte der 1930er Jahre an der Leibniz-Edition der Preußischen Akademie der Wissenschaften in Berlin eine Anstellung fanden: Anneliese Maier und Liselotte Richter. Nach 1945 fanden beide einerseits die Anerkennung in der akademischen Welt, wurden aber andererseits mit subtilen Ausgrenzungsmechanismen als Frauen im männerdominierten Wissenschaftsbetrieb konfrontiert. Als entschiedene Gegnerinnen des NS-Regimes fanden sie in der außeruniversitären Forschung die Möglichkeit, wissenschaftlich tätig zu sein, und das Akademie-Unternehmen Leibniz-Edition bedeutete für beide nicht nur eine Nische, sondern bot ihnen partiell gute Arbeitsbedingungen. Auf das Leben, den Werdegang und die Mitarbeit an der Leibniz-Edition von Anneliese Maier und Liselotte Richter geht Annette *Vogt* (Berlin) in ihrem nach der Tagung verfassten Beitrag ein.

Last but not least sei der die Tagung einleitende, weit über „Leibniz“ in der Zeit des Nationalsozialismus hinausgehende Beitrag von Carsten *Klingemann* (Bad Essen) genannt. Am Beispiel der Preußischen Akademie der Wissenschaften und ihrer Leibniz-Referenzen setzt sich der Osnabrücker Wissenschaftssoziologe mit der Darstellung des Verhältnisses von Wissenschaft und Politik im „Dritten Reich“ auseinander. Klingemann fragt grundsätzlich, ob ein dezidiert wissenschaftssoziologisches Modell auf das Verhältnis von Wissenschaft und Politik hinsichtlich der Preußischen Akademie fruchtbar gemacht werden könne. Dabei kombiniert der Autor drei Ansätze, um zu klären, ob den spezifischen Ausprägungen des Verhältnisses von Wissenschaft und Politik im Fall der Preußischen Akademie ein allgemeines Muster unterlegt werden könnte: einen heuristischen Nutzen der Verknüpfung des Ansatzes der „rekursiven Kopplung“ (Politisierung der Wissenschaft und Verwissenschaftlichung der Politik, S. 18), ein Konstrukt der Interdependenz von außeruniversitärer Professionalisierung und akademischer Institutionalisierung wissenschaftlicher Potentiale und drittens das Ressourcen-Modell, wonach Wissenschaft und Politik „Ressourcen für einander“ (ebd.) sein können – auch oder gerade in einem diktatorischen Regime. Als Fazit hält Klingemann fest, dass die Praxis nationalsozialistischer Wissenschaftspolitik weder aus der vermeintlichen ‚Wissenschaftsfeindlichkeit des Faschismus‘ (S. 15) abgeleitet werden könne, noch sich in den Motiven, Strategien und Maßnahmen wissenschaftspolitischer Akteure erschöpfe. Die Umgestaltung der Preußischen Akademie, der Leibniz-Kommission und der Leibniz-Edition unter nationalsozialistischen Vorzeichen, so Klingemann weiter, habe so im Sinne des Ressourcen-Ansatz auch eine administrative Professionalisierung und Modernisierung dargestellt, was allerdings keine weit reichenden Auswirkungen gezeitigt habe, weil die Strategie der außeruniversitären Professionalisierung nicht erfolgreich war, da keine neuen Forschungspotentiale erschlossen werden konnten.

An diesem Resümee des hier Gebotenen lässt sich indessen nicht nur der Reichtum der bereits erzielten Ergebnisse holzschnittartig beobachten; es offenbart auf

der anderen Seite mehr denn je die Desiderate und das künftig noch zu Leistende. Die Veranstalter hoffen, mit der Publikation des Bandes der Forschung weitere Impulse gegeben zu haben.

Es ist beiden Herausgebern ein Bedürfnis, an dieser Stelle denjenigen Dank zu sagen, die das Projekt gefördert haben, nämlich Herbert Breger (Hannover), Gerd Simon (Tübingen), Frank-Rutger Hausmann (Freiburg i. Br.) und Norbert Schapacher (Strasbourg) für die Ratschläge besonders in der Phase der inhaltlichen und organisatorischen Projektierung der Tagung – die beiden letzteren mussten ihre Teilnahme kurz vor der Tagung aus verständlichen Gründen leider absagen. In den Dank eingeschlossen sind Jürgen Herbst, Ute Beckmann, Franziska Meurer und Christina Lucas (alle Hannover).

Der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) danken wir für die großzügige finanzielle Förderung und der Pressestelle der Leibniz Universität Hannover für wertvolle logistische Unterstützung. Janina Schmiedel sei für die redaktionelle Betreuung gedankt.

Die Idee, eine auf dieses von der Forschung bisher kaum beachtete Thema fokussierte Tagung zu veranstalten und auf diese Weise der Forschung Impulse zu geben, geht auf Hartmut Rudolph, der in diesen Tagen seinen 70. Geburtstag feiert, zurück. Ihm gebührt der Dank beider Veranstalter ebenso wie der Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus In- und Ausland. Ohne seine Sachkompetenz, geduldige Vorbereitung und den unermüdlichen Einsatz hätte diese Veranstaltung nicht zustande kommen können.

Hannover, am 3. November 2011

LEIBNIZ-FORSCHUNG UND DIE PREUßISCHE AKADEMIE DER WISSENSCHAFTEN IM KONTEXT DER NATIONALSOZIALISTISCHEN WISSENSCHAFTSPOLITIK – EIN WISSENSCHAFTSSOZIOLOGISCHES MODELL

Carsten Klingemann (Bad Essen)

I. EINLEITUNG: POLITISIERUNG VON WISSENSCHAFT ALS VERLUST VON WISSENSCHAFTLICHKEIT

Meine Darstellung des Verhältnisses von Wissenschaft und Politik im Dritten Reich beschränkt sich auf die Rekonstruktion von zeitgenössischen und wissenschaftsgeschichtlichen Blicken auf die Preußische Akademie der Wissenschaften (PAW) und einige ihrer Leibniz-Aktivitäten. Dabei wird der Wandel der wissenschaftsgeschichtlichen Problematisierung dieser Thematik in den letzten drei Jahrzehnten im Mittelpunkt stehen und im Rahmen eines wissenschaftssoziologischen Modells interpretiert. Diese Vorgehensweise soll mit einem Beispiel illustriert werden. 1979 erschien von dem dreibändigen Werk über die Geschichte der Berliner Akademie der Wissenschaften in der Zeit des Imperialismus der dritte Teil *Die Jahre der faschistischen Diktatur 1933 bis 1945* von Conrad Grau, Wolfgang Schlicker und Liane Zeil¹. Zum Verhältnis von Wissenschaft und Politik allgemein findet sich dort die Formel von der „Wissenschaftsfeindlichkeit des Faschismus“, und es ist die Rede von „der antihumanen Pseudogelehrsamkeit und des verbrecherischen Missbrauchs der Wissenschaft“, schließlich wird der „unüberwindbare Gegensatz zwischen Faschismus und Wissenschaft“ postuliert². Speziell die PAW wiederum habe eine „verstärkte wissenschaftspolitische Offensive des Faschismus“ getroffen, wiewohl an mehreren anderen Stellen des Textes die „wissenschaftspolitische Randstellung der Akademie“ betont wird³. Nichtsdestotrotz wird diese Position weiter zugespitzt, wenn es heißt: „Der faschistische Präsident [Theodor Vahlen, C. K.] und sein Direktor [Helmuth Scheel, C. K.] halfen auf ihre Weise bei dem Bestreben, den extremsten Antihumanismus und die Barbarei des Faschismus pseudowissenschaftlich einzukleiden“⁴.

Wenn man sich dieser Sichtweise anschließt, erübrigte sich allerdings jede weitere Beschäftigung mit dem Thema. Jedoch haben Grau, Schlicker und Zeil

1 Vgl. C. Grau, W. Schlicker und L. Zeil: *Die Berliner Akademie der Wissenschaften in der Zeit des Imperialismus*, Teil III, *Die Jahre der faschistischen Diktatur 1933 bis 1945*, Berlin 1979.

2 Ebd., S. 160, 114, 161.

3 Ebd., S. 65, 131; vgl. S. 146–147, 158, 161.

4 Ebd., S. 114.

selbst schon Hinweise darauf gegeben, dass das Verhältnis von Wissenschaft und Politik, gerade im Hinblick auf die PAW, wesentlich komplexer ist und einer entsprechend differenzierten Analyse bedarf, wie ihre Beurteilung der wissenschaftlichen Unternehmen der Akademie belegt. Sie konstatieren:

„Trotz mannigfacher Schwierigkeiten konnten auch während der faschistischen Herrschaft viele Unternehmen wissenschaftliche Leistungen von Bedeutung vorlegen“⁵.

Diese Feststellung wird von ihnen schließlich sogar noch weiter detailliert, wobei sie in Kauf nehmen, dass sie ihre bereits zitierte These von der wissenschaftspolitischen Randständigkeit der Akademie selbst demontieren, wenn sie auf die „Widersprüchlichkeit der Stellung der Akademie im Gefüge der faschistischen Wissenschaftspolitik und Forschungsorganisation“ verweisen:

„Einerseits versuchten führende Kräfte, bestimmte Unternehmen im Sinne der faschistischen Wissenschaftspolitik umzufunktionieren und über die Unternehmen verstärkten Einfluß auf die wissenschaftliche Arbeit der Akademie zu gewinnen, andererseits konnten die traditionellen Unternehmen, für die der Faschismus wenig Interesse zeigte, relativ planmäßig fortgesetzt werden“⁶.

Wenngleich diese Aussage ein starkes Aufbegehren gegen die in der DDR verordnete Redeweise von der Knebelung und Pervertierung ‚wahrer‘ Wissenschaft durch die nationalsozialistische Wissenschaftspolitik dokumentiert, bleibt es nach wie vor ein Rätsel, was man sich unter *dem* Faschismus vorzustellen hat, der großes oder in diesem Fall geringes Interesse an wissenschaftlichen Belangen zeigt.

Conrad Grau hat 1993, also vierzehn Jahre und einen Mauerfall nach der Gemeinschaftspublikation, eine Gesamtdarstellung der Geschichte der PAW vorgelegt. Darin hebt er hervor, dass der Politisierung der Akademie im Dritten Reich „gewisse Grenzen gesetzt waren“, dass sie auch nach der Einsetzung der neuen Akademieleitung im Jahr 1939 „nicht völlig gleichgeschaltet“ war und bei ihren wissenschaftlichen Unternehmen „wissenschaftliche Gesichtspunkte die vorherrschenden“ waren⁷. Damit wird deutlich, dass das immer prekäre Verhältnis von Wissenschaft und Politik auch und gerade unter diktatorischen Bedingungen eine grundsätzliche Unterscheidung in echte Wissenschaft und Pseudo-Wissenschaft nicht zulässt. Dieser Befund soll aber nicht rein deskriptiv fortgeschrieben, sondern anhand eines Ensembles von wissenschaftssoziologischen Zugängen konzeptionell eingefasst werden.

Bevor diese Konzeption für die Analyse des Verhältnisses von Wissenschaft und Politik im Dritten Reich vorgestellt wird, sollen aber vorher noch zwei andere Erklärungen für die Widersprüchlichkeiten in der Bewertung der Politisierung von Wissenschaft nach 1933 angeführt werden. Bei der durchaus ehren- und respektvollen Würdigung der akademiehistorischen Arbeiten von Conrad Grau spricht Bernhard vom Brocke von seinem Ingrimme „über die marxistisch-leninistische

5 Ebd., S. 285.

6 Ebd., S. 287–288.

7 C. Grau: *Die Preußische Akademie der Wissenschaften zu Berlin. Eine deutsche Gelehrtengeellschaft in drei Jahrhunderten*, Heidelberg 1993, S. 234, 238, 242.

Sauce, die Grau über sein solide recherchiertes Faktenmaterial ausgoß“⁸. Das ethische Verdikt, wie es Grau über den Faschismus allgemein zu Recht verhängte, schloss nämlich pauschal die ‚bürgerliche Wissenschaft‘ als seine potentiell immer schon willfährige Handlangerin mit ein. Das ermöglichte es auch, die ‚bürgerliche Wissenschaft‘ nach 1945 mithilfe einer platten Kontinuitätsbehauptung weiterhin als offen faschistisch oder zumindest latent faschistoid vorführen zu können. Dieser ‚von oben‘ verordneten Sprachregelung musste sich Conrad Grau beugen, wollte er weiter in der DDR forschen und publizieren. Inwieweit er tatsächlich, wie vom Brocke ursprünglich vermutet hatte, ein „marxistisch-leninistischer Hardliner“⁹ war, soll dahingestellt bleiben. Auf jeden Fall hat Grau unter dieser Sauce auch nachdrücklich dokumentiert, dass man die Rolle der Wissenschaft im Dritten Reich als Wissenschaft und nicht als Weltanschauungsersatz untersuchen muss. Deswegen reicht der Verweis vom Brocke auf die marxistisch-leninistische Sprachregelung nicht aus. Es muss um die generelle Bestimmung von Wissenschaftlichkeit in unterschiedlichen politischen Systemen gehen.

Als zweiter Ansatz, die Widersprüchlichkeiten in der Bewertung der Politisierung der Wissenschaft aufzulösen, soll jener von Hubert Laitko aus seinem Aufsatz über „Conrad Grau und die Akademiegeschichtsschreibung“ angeführt werden. Demnach hat das bereits erwähnte dreibändige Werk von Grau, Schlicker und Zeil den Durchbruch Graus in der öffentlichen Wahrnehmung als Akademiehistoriker und seiner Forschungsstelle als Institution bedeutet. Deswegen will Laitko es entsprechend würdigen und schreibt:

„Gewiss bediente sich dieses Werk, wie es damals in der DDR üblich war, des Rahmens der allgemeinen marxistisch-leninistischen Geschichtsschematik, doch es wäre kaum produktiv, diesem Umstand hier größere kritische Aufmerksamkeit zuzuwenden, denn der Neuheitswert der Untersuchung lag jenseits dieses Rahmens, der vor allem in der zur Eingliederung des akademiehistorischen Geschehens in die allgemeine Geschichte verwendeten Makroperiodisierung zum Ausdruck kam; der eigentliche kognitive Gehalt der Arbeit lässt sich relativ leicht aus diesem Kontext herauslösen“¹⁰.

Damit präsentiert Laitko eine andere Variante, die Dialektik der Politisierung der Wissenschaft und der Verwissenschaftlichung der Politik aufzulösen, diesmal allerdings hinsichtlich der Verhältnisse in der DDR. Ohne auf die sich hier bietende Möglichkeit einer vergleichenden Perspektive weiter einzugehen, soll nur Laitkos Basisargument aufgegriffen werden. Demnach wäre es also möglich, zwischen einer ideologischen, also unwissenschaftlichen Geschichtsschematik und deren eigentlichem kognitiven Gehalt, somit ihrem wissenschaftlichen Kern, zu unterscheiden. Wenngleich diese Auffassung nicht nur von Laitko vertreten wird, tendiert meines Erachtens die Wissenschaftsgeschichtsschreibung inzwischen dazu, statt einer kategorischen Unterscheidung von reiner Wissenschaft und ideologisch-politisierter

8 B. v. Brocke: „Begrüßung und Einführung“, in: *Der Historiker Conrad Grau und die Akademiegeschichtsschreibung*, hrsg. von B. v. Brocke und H. Laitko, Berlin 2008, S. 10.

9 Ebd.

10 H. Laitko: „Conrad Grau und die Akademiegeschichtsschreibung“, in: *Der Historiker Conrad Grau*, S. 45.

Pseudo-Wissenschaft zu folgen, das Spektrum der gemeinsamen Auftritte von Wissenschaft und Politik in seiner bislang noch nicht überschaubaren Vielfalt zu erforschen.

Wie ein solches Vorgehen aussehen kann, soll im Folgenden anhand des Modells einer Kombination von drei wissenschaftssoziologischen Ansätzen demonstriert werden. Dabei wird zu deren Illustration jeweils Bezug genommen auf wissenschaftshistorische Darstellungen der PAW beziehungsweise auf ihre Leibniz-Aktivitäten. Es handelt sich bei den drei Ansätzen erstens um das Prinzip der ‚rekursiven Kopplung‘, also um die Politisierung der Wissenschaft und die Verwissenschaftlichung der Politik, wie es Peter Weingart entwickelt hat¹¹. Zweitens wird die Formel von der Interdependenz der außeruniversitären Professionalisierung und der akademischen Institutionalisierung einer Fachwissenschaft herangezogen, wie sie Ulfried Geuter am Beispiel der Psychologie im NS-Staat dargestellt hat¹². Die sich aus der Interdependenz entwickelnde Dynamik impliziert überdies eine Modernisierung der Disziplin, da sie dadurch auch als angewandte Wissenschaft außeruniversitär einsetzbar wird. Dieser Aspekt wird auf entsprechende Bestrebungen der PAW bezogen. In einem engen Zusammenhang damit steht der von Mitchell G. Ash begründete dritte Ansatz, der thematisiert, dass Wissenschaft und Politik auf ganz unterschiedliche Weise „Ressourcen für einander“¹³ sein können.

Wenn nun die Tauglichkeit der drei Ansätze für eine Bestimmung des Verhältnisses von Wissenschaft und Politik im Fall der PAW und ihrer Leibniz-Aktivitäten geprüft werden soll, handelt es sich um einen ersten Versuch, bei dem Primär- und Sekundärtexte herangezogen werden, die, das sei bereits vorweg gesagt, die Bedingungen für den in den Ansätzen jeweils postulierten Zusammenhang nicht oder nur zum Teil erfüllen können müssen. Es geht nicht darum, Belege dafür zu finden, dass das Modell der Verknüpfung der Ansätze universelle Geltung hat. Vielmehr soll geklärt werden, welchen heuristischen Nutzen es haben könnte.

11 Vgl. P. Weingart: *Die Stunde der Wahrheit? Zum Verhältnis der Wissenschaft zu Politik, Wirtschaft und Medien in der Wissensgesellschaft*, Weilerswist 2001; ders.: *Wissenschaftssoziologie*, Bielefeld 2003. Vgl. zur Anwendung dieses Ansatzes auf die Soziologie im Nationalsozialismus und in der frühen Nachkriegszeit in Westdeutschland C. Klingemann: *Soziologie und Politik. Sozialwissenschaftliches Expertenwissen im Dritten Reich und in der frühen westdeutschen Nachkriegszeit*, Wiesbaden 2009.

12 U. Geuter: *Die Professionalisierung der deutschen Psychologie im Nationalsozialismus*, Frankfurt am Main 1984. Vgl. zur Anwendung dieses Ansatzes auf die Soziologie im Nationalsozialismus C. Klingemann: *Soziologie im Dritten Reich*, Baden-Baden 1996.

13 M. G. Ash: „Wissenschaft und Politik als Ressourcen für einander“, in: *Wissenschaften und Wissenschaftspolitik. Bestandsaufnahmen zu Formationen, Brüchen und Kontinuitäten im Deutschland des 20. Jahrhunderts*, hrsg. von R. v. Bruch und B. Kaderas, Stuttgart 2002, S. 32–51; ders.: „Wissenschaftswandlungen und politische Umbrüche im 20. Jahrhundert – was hatten sie miteinander zu tun?“, in: *Kontinuitäten und Diskontinuitäten in der Wissenschaftsgeschichte des 20. Jahrhunderts*, hrsg. von R. v. Bruch, U. Gerhardt und A. Pawliczek, Stuttgart 2006, S. 19–37.

II. REKURSIVE KOPPLUNG: POLITISIERUNG VON WISSENSCHAFT UND VERWISSENSCHAFTLICHUNG VON POLITIK

In diesem Sinne wird jetzt der Ansatz der rekursiven Kopplung mit einer Aussage von Wolfgang J. Mommsen über den Einfluss der Politik auf die PAW konfrontiert. Mommsen stellt fest: Die „große Mehrzahl der Akademieprojekte, namentlich die Langzeitvorhaben, entzog sich jeglicher Politisierung“¹⁴. Das gilt meines Erachtens in besonderer Weise für die Leibniz-Edition, da sich deren Verleger Otto Reichl, der mit sehr großen finanziellen Problemen zu kämpfen hatte, zwar Ende 1934 an Alfred Rosenberg, den ‚Beauftragten des Führers für die gesamte geistige und weltanschauliche Schulung und Erziehung der NSDAP‘ (Amt Rosenberg), und an andere politische Funktionsträger des NS-Regimes wendet, von dieser Seite aber kein Einfluss ausgeübt wird¹⁵. Im Sinne der Logik der rekursiven Kopplung wurde damit zwar im zweiten Jahr der NS-Herrschaft eine Politisierung der Leibniz-Ausgabe angestrebt, jedoch reagierten Vertreter der politischen Klasse nicht wie erwünscht.

Allerdings befassten sich diverse (Unter-)Ämter des Amtes Rosenberg damit, die ‚wahre‘ Lehre der nationalsozialistischen Weltanschauung in der Wissenschaft auch im Hinblick auf die Leibnizrezeption und -darstellung zur Geltung zu bringen. Inwieweit dadurch Wissenschaft politisiert und die Wissenschaftspolitik des Amtes Rosenberg verwissenschaftlicht wurde, soll im Folgenden diskutiert werden¹⁶. Erich Hochstetter kündigt im August 1942 nach fast einem Vierteljahrhundert seiner Mitarbeit an der Leibniz-Ausgabe, um im Amt Rosenberg ab Oktober als „wiss. Mitarbeiter/außerpl.“¹⁷ die Möglichkeit zu „selbständiger wissenschaftlicher Arbeit“¹⁸ zu nutzen, wie Christian Tilitzki aus seinem Kündigungsschreiben zitiert. Bekannt geworden ist von seiner Tätigkeit im Amt Wissenschaft des Amtes Rosenberg

14 W. J. Mommsen: „Wissenschaft, Krieg und die Berliner Akademie der Wissenschaften. Die Preußische Akademie der Wissenschaften in den beiden Weltkriegen“, in: *Die Preußische Akademie der Wissenschaften zu Berlin 1914–1945*, hrsg. von W. Fischer, R. Hohlfeld und P. Nötzoldt, Berlin 2000, S. 21.

15 Reichl an Prof. Dr. Paul Ritter, 7.12.1934, mit angeschlossener Denkschrift „Die Leibnizausgabe der Preussischen Akademie der Wissenschaften“. Reichl behauptet, er habe die Denkschrift „auf Wunsch des Herrn Alfred Rosenberg angefertigt“; Archiv der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften (BBAW), Leibniz-Kommission, Nr. 5, Bl. 1–15. Reichl wandte sich auch direkt an Adolf Hitler, jedoch auch ohne Erfolg, wie George Leaman in seinem Beitrag in diesem Band zeigt.

16 Vgl. zur Rolle von Sozialwissenschaftlern als Mitarbeiter des Amtes Rosenberg und als Betroffene seiner Kontrollpolitik das Kapitel „Sozialwissenschaftler im Einflußbereich Alfred Rosenbergs“ in: *Soziologie im Dritten Reich*, S. 232–276. Vgl. zum Amt Rosenberg das Standardwerk von R. Bollmus: *Das Amt Rosenberg und seine Gegner. Studien zum Machtkampf im nationalsozialistischen Herrschaftssystem*, München 2006.

17 Eintragung auf seiner Personal-Karteikarte des Amtes Rosenberg, wobei „außerpl.“ unterstrichen ist; Bundesarchiv Berlin (BArch), ehemaliger Bestand Berlin Document Center (BDC), Parteikorrespondenz.

18 Ch. Tilitzki: *Die deutsche Universitätsphilosophie in der Weimarer Republik und im Dritten Reich*, Teil 1, Berlin 2002, S. 754.

nur ein positives einseitiges Gutachten vom 29. Juni 1943 über den Hamburger Philosophie-Professor Hermann Noack¹⁹. Tilitzki knüpft daran die durchaus berechnete Vermutung, dass Hochstetter „zur Vorbereitung personalpolitischer Vorschläge für Berufungsverfahren herangezogen wurde“²⁰.

Diesen doch einschneidenden Wechsel aus der Wissenschaft in die politische Wissenschaftskontrolle schilderte Hochstetter später auf seine eigene Art. In seinem Aufsatz „Zur Geschichte der Leibniz-Ausgabe“ berichtet er, Joseph Ehrenfried Hofmann sei im „Herbst 1939“ an die Stelle von Paul Ritter als Leiter der Leibniz-Ausgabe gesetzt worden, um dann fortzufahren:

„Ein Vierteljahr später kündigte der Bearbeiter des Philosophischen Briefwechsels [also Hochstetter selbst, C. K.] seine Mitarbeit an der Ausgabe auf“²¹.

Diese zeitliche Ungereimtheit konnte ich bislang nicht aufklären. Allerdings sind weitere Vorgänge im Amt Rosenberg mit Bezug zu Leibniz besser belegt.

Im Mai 1938 sandte Prof. Alfred Baeumler in seiner Eigenschaft als Leiter des Amtes Wissenschaft ein fünfseitiges Gutachten über die Arbeit „Historisch-philosophische Untersuchung und Darstellung der Philosophie J. G. Fichtes“ von Dr. Ernst von Bracken an Prof. Rudolf Mentzel, Präsident der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG), die von Bracken zwei Jahre lang ein Stipendium gewährt hatte. Baeumler kommt zu einem Ergebnis, „das erschreckend ist“²². Die deutsche Geistesgeschichte verwandle sich in einen „Faschingsrummel“:

„Der wirkliche Zusammenhang ist dem Verfasser völlig verborgen, gerade die wesentlichen Persönlichkeiten fehlen: Luther, Paracelsus und Leibniz. Nichts ist für den Verfasser, der nur die ausgetretenen Pfade kennt, charakteristischer als das völlige Übersehen von Leibniz, der für Fichte schlechterdings entscheidend ist. Was der Verfasser über die Zeit vor Leibniz beibringt, ist lediglich schlechte Paraphrase schlecht ausgewählter Textstellen“²³.

Aber Baeumler kann seine Abscheu über diese „wissenschaftliche Pornographie“ sogar noch steigern, weil der Schluss zu ziehen sei, Spinoza und Mendelssohn gehörten zum deutschen Volk:

„Entweder hat Ernst von Bracken jeweils völlig vergessen, was er auf der Seite vorher geschrieben hat, oder er ist wirklich der Ansicht, dass Spinoza und Mendelssohn zum deutschen

19 BArch, NS/236; Erich Hochstetter: Gutachten über Prof. Dr. Hermann Noack, Hamburg, 29. Juni 1943. Hochstetter würdigt „die Bedeutung der wissenschaftlichen Persönlichkeit N's“ (Bl. 127). Allerdings war Noack auch in einer besonderen Institution aus dem Reich Rosenbergs tätig, und zwar im *Einsatzstab Reichsleiter Rosenberg*, der den Kunstraub in den von Deutschland besetzten Territorien skrupellos betrieb (vgl. G. Leaman: „Philosophy, Alfred Rosenberg and the Military Application of the Social Sciences“, in: *Jahrbuch für Soziologiegeschichte 1992*, Opladen 1994, S. 244.)

20 Tilitzki: *Die deutsche Universitätsphilosophie*, Teil 1, S. 754.

21 E. Hochstetter: „Zur Geschichte der Leibniz-Ausgabe“, in: *Zeitschrift für philosophische Forschung* 20 (1966), S. 655.

22 BArch, NS 15/195, Bl. 49; Amt Wissenschaft an die Deutsche Forschungsgemeinschaft, 19. Mai 1938, (Durchschlag).

23 BArch, NS 15/195, Bl. 52; Gutachten über Dr. Ernst von Bracken: „Historisch-philosophische Untersuchung und Darstellung der Philosophie J. G. Fichtes“ (Namen im Original gesperrt).

Volke gehören. Im ersten Falle ist er ein Objekt der Psychiatrie, im zweiten Falle ein Objekt der Gestapo. In keinem Falle kann der Verfasser dieser Arbeit Gegenstand der Förderung für [sic!] eine wissenschaftliche Institution sein, die vom Dritten Reich unterhalten wird. Aus diesem Grunde ist die Vorlage der Akten des Falles von Bracken zu verlangen²⁴.

Fünf Tage, nachdem Baeumler sein Gutachten abgeschickt hatte, führte er mit von Bracken eine Unterredung und gestattete ihm, zu „Fragen“ schriftlich Stellung zu nehmen. Von Bracken bringt daraufhin vier Sachverhalte vor, von denen an erster Stelle als notwenig angesehen wird: „die deutsche Geistesgeschichte noch schärfer gegen rassefremde Faktoren abzugrenzen“; und an dritter Stelle wird erklärt: „die Bedeutung, welche insbesondere Leibniz und Baumgarten für die Psychologie der Empfindungen Sulzers, Tetens' und Eberhards sowie für die Entfaltung der Persönlichkeitsidee im 18. Jahrhundert gehabt haben, eingehend zu würdigen“²⁵. Offensichtlich änderte dieser Kotau, der auch die Zurückweisung von Zweifeln „in meine nationalsozialistische Gesinnung“²⁶ einschloss, nichts. Die DFG teilte am 13. Juni 1938 von Bracken mit, dass sie sich leider nicht in der Lage sehe, ihm ein weiteres Forschungsstipendium zu bewilligen²⁷.

Etwa ein Jahr später, im Februar 1939, wird Dr. Heinz L. Matzat von Baeumler als Leiter des Amtes Wissenschaft eingeladen, an einer „Philosophischen Arbeitstagung“ auf Schloss Buderose in der Nähe von Guben teilzunehmen. Matzat hatte bei Martin Heidegger mit der Dissertation *Unterlagen über die metaphysischen Grundlagen der Leibnizeschen Zeichenkunst*, die 1938 erschienen war, promoviert, sich dann aber von Heidegger gelöst, so dass er für den Philosophen-Kreis um Alfred Rosenberg akzeptabel wurde. Auf dieser 1. Philosophischen Arbeitstagung des Amtes Wissenschaft, die vom 12. bis 19. März 1939 stattfand, und an der auch Reichsleiter Rosenberg teilnahm, hielt Matzat ein Referat mit dem Titel „Leibniz“²⁸. Ende März 1939 sandte er dem Amt Wissenschaft die versprochene Zusammenfassung seines Referats, die er auf neun Seiten handschriftlich niedergelegt hatte. Sie trägt keinen Titel und behandelt verschiedene Themen²⁹. Vier Monate später wurde mit einem Anschreiben vom stellvertretenden Leiter des Amtes Wissenschaft, Heinrich Härtle, ein einseitiges ‚Gutachten über Dr. H. L. Matzat, München‘ an das Amt Schrifttumspflege des Amtes Rosenberg geschickt. Darin wird die drastische Kritik von Prof. Heinrich Scholz zitiert, die er in der *Deutschen Literaturzeitung* an der Dissertation von Matzat geübt hatte. Zu dessen Vortrag auf Schloss Buderose wird festgehalten:

„Sein Referat über Leibniz bewies wieder seine wissenschaftliche Unklarheit, die Unfruchtbarkeit seiner abstrakten Methoden und seine Unsicherheit gegenüber den weltanschaulichen

24 Ebd., Bl. 55 (Namen im Original gesperrt).

25 Ebd., Bl. 80; Dr. Ernst von Bracken an Herrn Professor Dr. Baeumler, 27. Mai 1938.

26 Ebd., Bl. 81.

27 Ebd., Bl. 49.

28 Vgl. Leaman: „Philosophy, Alfred Rosenberg and the Military Application“, S. 245; vgl. G. Leaman: „Deutsche Philosophen und das ‚Amt Rosenberg‘“, in: *Die besten Geister der Nation. Philosophie und Nationalsozialismus*, hrsg. von I. Korotin, Wien 1994; Tilitzki: *Die deutsche Universitätsphilosophie*, Teil 2, S. 955–957.

29 BArch, NS 15/222, Bl. 137–145.

Grundlagen philosophischer Arbeit. Er stellte eine unübersichtliche, bloße Aufzählung Leibnizischer Begriffe dar. Es war der allgemeine Eindruck, dass Matzats Teilnahme keine Bereicherung unserer Arbeitstagung bedeutete“³⁰.

Folgerichtig heißt es im direkten Anschluss daran, dass er an der für Oktober geplanten zweiten Tagung nicht mehr teilnehmen sollte. Bemerkenswerterweise stand die Ablehnung durch das Amt Wissenschaft jedoch einer Karriere im Amt Rosenberg nicht entgegen, das ihn schon wenige Monate später, zum 1. Januar 1940, einstellte³¹. Da es bei dieser ersten Philosophischen Arbeitstagung des Amtes Wissenschaft geblieben ist, könnte nur spekuliert werden, ob sich Matzat noch zu einem Leibniz-Experten hätte entwickeln können. Auf jeden Fall war für die geplante zweite Tagung das Thema ‚Leibniz‘ an Dr. Hans Schmoldt vergeben worden³².

Auf der Arbeitstagung *Europa und die deutsche Philosophie des ‚Kriegseinsatzes der Geisteswissenschaften‘*³³, Fachgruppe Philosophie, die vom 21. bis 23. Oktober 1942 in Nürnberg stattfand, wurde das Thema *Leibniz und Europa* von dem Assistenten an der Universität Frankfurt am Main, Dr. Otto Hagelstein, behandelt, während das Referat „Die Auseinandersetzung von Leibniz in seinen *Nouveaux Essais* mit Locke“ der Mitarbeiter des Amtes Rosenberg Dr. Alfred Klemmt hielt. Klemmt war von 1930 bis 1940 zunächst als Dozent, später auch als Leiter der Abteilung Staats- und Kulturphilosophie der (Deutschen) Hochschule für Politik in Berlin tätig. Er hatte bei Ernst Troeltsch mit der Dissertation *Georg Simmel. Eine kritische Charakterstudie und Erläuterung der Grundprobleme der gegenwärtigen Philosophie*³⁴ promoviert und war dann an drei Versuchen sich zu habilitieren gescheitert³⁵. Als 1940 die Auslandswissenschaftliche Fakultät an der Universität Berlin unter der Ägide des Sicherheitsdienstes der SS (SD) gegründet wurde, erhielt Klemmt nicht den Lehrstuhl für Staats- und Kulturphilosophie, den er schon sieben Jahre vertreten hatte, sondern der von Arnold Bergstraesser promovierte und von Ernst Kriek habilitierte Friedrich Wagner, der zuvor hauptamtlich im Leitabschnitt München des SD als Referent für Wissenschaft und Hoch-

30 BAArch, NS 15/222, Bl. 133; Härtle an den Leiter des Amtes Schrifttumspflege, 29. Juli 1939; Gutachten über Dr. H. L. Matzat, München; Bl. 134.

31 Vgl. Leaman: „Philosophy, Alfred Rosenberg and the Military Application“, S. 255.

32 Schmoldt war Assistent an der Universität Halle/Saale und seit dem 1. Juni 1940 Mitarbeiter des Amtes Rosenberg. Auf der ersten Tagung war er Teilnehmer, aber nicht Referent. Vgl. Leaman: „Philosophy, Alfred Rosenberg and the Military Application“, S. 245, 255, 256. Anlässlich der dortigen Diskussion um den rassegebundenen Wahrheitsbegriff bezog er eine „extreme Position“ (Tilitzki: *Die deutsche Universitätsphilosophie*, Teil 2, S. 959).

33 Vgl. zum Kriegseinsatz der Geisteswissenschaften, auch ‚Aktion Ritterbusch‘ genannt, F.-R. Hausmann: *Deutsche Geisteswissenschaft im Zweiten Weltkrieg. Die ‚Aktion Ritterbusch‘ (1940–1945)*, Dresden 1998.

34 A. Klemmt: *Georg Simmel. Eine kritische Charakterstudie und Erläuterung der Grundprobleme der gegenwärtigen Philosophie* [Diss.], Berlin 1922; vgl. M. Selling: „Nachruf auf Alfred Klemmt“, in: *Zeitschrift für philosophische Forschung* 36 (1976), S. 87–89.

35 Vgl. Tilitzki: *Die deutsche Universitätsphilosophie*, Teil 1, S. 651–652; mit weiteren Details zu Klemmths Biographie.

schule, Schule und Erziehung tätig gewesen war³⁶. Auch die Anfrage von Alfred Baeumler bei dem Königsberger Philosophie-Professor Eduard Baumgarten, Teilnehmer an der Buderoser Tagung und Schützling von Baeumler, ob er Klemmt für eine Stelle an der Universität Königsberg vorschlagen könne, blieb ohne Erfolg³⁷. Ab dem 1. Juni 1940 war Klemmt dann „Honorarempfänger“ des Amtes Rosenberg im Rahmen eines Forschungsauftrags zur „Geschichte des europäischen Liberalismus“³⁸.

Dieses hatte ihm im Frühjahr 1940 anlässlich seiner „Stellungnahmen zu den Besetzungsvorschlägen für die Auslandswissenschaftliche Fakultät an der Universität Berlin“ bescheinigt: „Klemmt ist bestrebt, in seiner Staats- und Kulturphilosophie die Anschauungen des Nationalsozialismus zu vertreten“³⁹. Inwieweit sich diese mit Klemmts persönlicher Einschätzung der Bedeutung von Leibniz für eine noch zu kreierende ‚Wirklichkeitsphilosophie‘ deckt, ist mir unbekannt. Aber in seinem Vortrag über *Wissenschaft und Philosophie im Dritten Reich* aus dem Jahr 1937 im *Ferienkurs für Ausländer* an der deutschen Hochschule für Politik ging es Klemmt um nichts Geringeres als um „die einzige, aber auch überwältigend großartige Aufgabe einer systematischen Wirklichkeitsphilosophie“⁴⁰. Klemmt geht aus von einer „einheitlichen und ganzheitlichen Wirklichkeit“. Leibniz gehörte zu jenen Vertretern wahrhaft deutschen Denkens, die das „innerste Gefüge der Wirklichkeit“ zu erfassen strebten, jedoch versuchte er (wie auch Hegel) deren Gesetzmäßigkeit und Beschaffenheit „spiritualistisch“ zu erkennen, was aber nicht mehr angemessen sei, da die „Gesetzmäßigkeit des Seins“ als „aus verschiedenen relativ selbständigen Teilgesetzmäßigkeiten“⁴¹ zu bestimmen sei.

Nach 1945 steht Klemmt Leibniz deutlich positiver gegenüber. In seinem 1952 erschienenen Band *John Locke. Theoretische Philosophie* befasst er sich vergleichend mit Leibniz zu Fragen der Naturauffassung, Individualität und zum Substanzbegriff⁴². Nach Tilitzki war dieser Text ein Teil der Liberalismus-Arbeit,

36 Vgl. Klingemann: *Soziologie im Dritten Reich*, S. 245. Vgl. zur Auslandswissenschaftlichen Fakultät G. Botsch: ‚Politische Wissenschaft‘ im Zweiten Weltkrieg. *Die ‚Deutschen Auslandswissenschaften‘ im Einsatz 1940–1945*, Paderborn 2005.

37 Vgl. Institut für Zeitgeschichte München (IfZ), MA 116/3; Amt Wissenschaft/Baeumler an Baumgarten, 20. April 1940.

38 Leaman: „Philosophy, Alfred Rosenberg and the Military Application“, S. 257; Tilitzki: *Die deutsche Universitätsphilosophie*, Teil 1, S. 651. Zwei Jahre später trat er als Repräsentant des Amtes Rosenberg auf. Der Nationalsozialistische Deutsche Dozentenbund veranstaltete vom 2. bis 5. Juni 1942 in Augsburg eine Tagung (Lager) der Altertumswissenschaften, auf der Klemmt das Wort ergriff, das ihm aber nach halbstündiger Rede, ohne dass er zur Problemstellung gelangt war, bei der Ankunft des Reichsdozentenführers entzogen wurde, so dass das Amt Rosenberg vom „Fall Klemmt“ sprach. Vgl. V. Losemann: *Nationalsozialismus und Antike. Studien zur Entwicklung des Faches Alte Geschichte 1933–1945*, Hamburg 1977, S. 105.

39 BArch, NS 8/183, Bl. 84.

40 A. Klemmt: *Wissenschaft und Philosophie im Dritten Reich* (= *Schriften der Deutschen Hochschule für Politik, I, Idee und Gestalt des Nationalsozialismus* 32), Berlin 1938, S. 18.

41 Klemmt, S. 17, 14, 17, 18.

42 A. Klemmt: *John Locke. Theoretische Philosophie*, zitiert nach der zweiten unveränderten Auflage, Meisenheim am Glan 1967, S. 225–231, 285–292, 301–309.

den er im Rahmen seines vom Amt Rosenberg erteilten Forschungsauftrags erstellt hatte. Da der Gesamttext, „ein 600-Seiten-Opus“⁴³, das Klemmt im Sommer 1944 an der Universität Göttingen (vergeblich) als Habilitationsschrift eingereicht hatte, offensichtlich nicht überliefert ist, muss offen bleiben, ob er diese positive Darstellung von Leibniz bereits am Ende der NS-Zeit vertreten hat.

Zur Ergänzung der bisherigen Darstellung der inhaltlichen wie politisch-weltanschaulichen Auseinandersetzung des Amtes Rosenberg mit der Leibniz-Thematik soll abschließend der Fall des Philosophie-Professors Gerhard Stammler behandelt werden. Wie bei vielen anderen Wissenschaftlern zu beobachten ist, befassten sich gleich mehrere Unter-Ämter des Amtes Rosenberg mit diesem Leibniz-Forscher der Universität Halle an der Saale, die sich bekanntlich besonderer Zuneigung von Alfred Rosenberg erfreuen konnte. Zu Beginn des Jahres 1939 bat die Hauptstelle Kulturpolitisches Archiv des Amtes Rosenberg dessen Amt Wissenschaft um Auskunft, ob Stammler im Rahmen des Deutschen Volksbildungswerkes „für Vorträge über philosophische und weltanschauliche Themen eingesetzt werden“⁴⁴ könne. Das Amt Wissenschaft gab die Auskunft „von unserem Hallenser Gewährsmann“ weiter, wonach Stammler „in seiner philosophischen Arbeit eine merkwürdige Verwendung theologischer Begriffe betreibt und – wie der dortige Dozentenführer festgestellt haben soll – ein entsprechendes persönliches Verhalten an den Tag legt“. Auf diesem Brief vom 22. März 1939 ist mit Datum vom 14. Juni handschriftlich vermerkt: „Vorgang wird vom Kulturpol. Archiv abschließend negativ beurteilt“⁴⁵. Dennoch wird Stammler vom Reichsdozentenführer für geeignet gehalten, eingesetzt zu werden, da er seinen Austritt aus der „Bekennnisfront“⁴⁶ erklärt habe, über „sehr gediegenes Wissen“ und – trotz nicht besonders produktiver und origineller wissenschaftlicher Tätigkeit – über die Fähigkeit verfüge, „seine Thesen klar und deutlich auseinanderzusetzen“⁴⁷.

Stammler hatte eine „Erklärung über mein Verhältnis zur ‚Bekennnisfront‘“ angegeben, in der er auf seine Mitgliedschaft in der NSDAP seit dem 1. Mai 1933 und seine dortige Tätigkeit als „politischer Leiter“ in seiner Ortsgruppe ab Januar 1934 sowie seine Mitgliedschaft im Nationalsozialistischen Deutschen Dozentenbund („von Anfang an“) verweist. In seiner Erklärung begründete er, dass sein Beitritt zur Bekennenden Kirche im Jahr 1936 schon im Sinne des Nationalsozialismus war, da er zum Beispiel auf diese Weise den politischen Katholizismus bekämpfen zu können glaubte. Aber viele Entwicklungen ließen ihn erkennen, dass er seine Ziele nicht würde erreichen können:

43 Tilitzki: *Die deutsche Universitätsphilosophie*, Teil 1, S. 651.

44 BArch, NS 15/239, Bl. 46; Hauptstelle Kulturpolitisches Archiv an Amt Wissenschaft, 18. Januar 1939.

45 BArch, NS 15/239, Bl. 45; Amt Wissenschaft an Kulturpolitisches Archiv, 22. März 1939.

46 Nationalsozialistische Bezeichnung für die Bekennende Kirche. Vgl. den Artikel „Bekennnisfront“ in *Meyers Lexikon*, das von der „Parteiamtlichen Prüfungskommission zum Schutze des NS-Schrifttums“ kontrolliert wurde, Bd. 1, Leipzig 1936, Spalte 1116–1117.

47 BArch, NS 15/239, Bl. 44; der Reichsdozentenführer an Hauptstelle Kulturpolitisches Archiv, 6. April 1939 (Abschrift).

„Als mir kein Zweifel blieb, daß ich hier in ein Sammelbecken der politisch Unzufriedenen geraten war, mit denen ich eigentlich nichts zu tun haben wollte, trat ich am 6. Dezember 1937 aus der Bekennenden Kirche aus“⁴⁸.

Das Amt Wissenschaft war empört über die Stellungnahme des Dozentenbundes und verlangte von der Hauptstelle Kulturpolitisches Archiv, dass nur es selbst, wie bereits vereinbart, Anfragen an den Dozentenbund richtet⁴⁹.

Konsequenterweise blieb das Amt Wissenschaft auch knapp zwei Jahre später bei seiner negativen Einschätzung Stämmers und brachte Leibniz ins Spiel, als es um die Besetzung von Lehrstühlen an der Universität Posen ging:

„Stämmler, Halle, Allgemeine Philosophie. Seine durch das Leibniz-Buch erwiesene wissenschaftliche Unsicherheit wird ergänzt durch eine weltanschaulich ziemlich bedenkliche sog. ‚Christuslogik‘. Stämmler gehörte der Bekenntniskirche an“⁵⁰.

Diese Formulierung stammt vom stellvertretenden Leiter des Amtes Wissenschaft Heinrich Härtle, ehemaliger Schüler von Alfred Klemmt an der Hochschule für Politik, während der Leiter Baeumler formuliert:

„Stämmers Buch über Leibniz ist von der Forschung aus sachlichen Gründen abgelehnt worden. Die vor einigen Jahren von Stämmler veröffentlichte Logik, die von ihm selber als ‚Christuslogik‘ [gemeint ist: Christuslogik, C. K.] bezeichnet wird, ist verworren. Stämmler kann einen Lehrstuhl für Philosophie nicht wahrnehmen“⁵¹.

Der Notiz ist nicht eindeutig zu entnehmen, was Stämmler stärker disqualifiziert, die frühere sachliche Kritik an seinem Leibniz-Buch oder seine religiöse Bindung.

Etwa eineinhalb Jahre später kommt das Amt Wissenschaftsbeobachtung und -wertung des nunmehrigen Hauptamtes Wissenschaft zu einer ganz anderen Bewertung. Eine Grundlage dafür ist das Gutachten des Philosophie-Professors Heinrich Springmeyer von der Universität Halle an der Saale, dessen Karriere von Rosenberg nachhaltig gefördert wurde. Er hatte an der Tagung auf Schloss Buderose teilgenommen und war Hauptlektor für Philosophie im Amt Schrifttumspflege des Amtes Rosenberg⁵². In dem Gutachten für das Amt Wissenschaftsbeobachtung und -wertung erklärt Springmeyer im Hinblick auf Stämmers wissenschaftliche Leistungen und Fähigkeiten, seine Charaktereigenschaften und seine politische

48 BArch, NS 15/239, Bl. 36; Prof. Gerhard Stämmler, „Erklärung über mein Verhältnis zur ‚Bekennnisfront“; („Erklärung“ im Original gesperrt); datiert auf den 23. Juni mit nicht genau bestimmbarer sechsstelliger(!) Jahreszahl. Nach einer positiven politischen Beurteilung vom Stab des Stellvertreters des Führers hatte Stämmler bereits von Dezember 1937 bis März 1938 ein Stipendium des Dozentenbundes erhalten. Vgl. G. Leaman: *Heidegger im Kontext. Gesamtüberblick zum NS-Engagement der Universitätsphilosophen*, Hamburg 1993, S. 81.

49 BArch, NS 15/239, Bl. 43; Amt Wissenschaft an Hauptstelle Kulturpolitisches Archiv, 24. April 1939 (Durchschlag).

50 BArch, NS 15/239, Bl. 42; Amt Wissenschaft an den Stab des Stellvertreters des Führers, 21. März 1941.

51 BArch, NS 15/239, Bl. 41; Betrifft: Besetzung von Lehrstühlen an der Universität Posen; ohne Datum, mit Verweis auf ein Schreiben von Baeumler vom 9. April 1941 („Posen“ im Original gesperrt).

52 Vgl. Leaman: *Heidegger im Kontext*, S. 80–81.

Haltung für geeignet zur Übernahme eines planmäßigen philosophischen Lehrstuhls. Bezüglich der Leibniz-Schrift heißt es:

„Eine 1930 erschienene kleine Monographie über Leibniz ist in mehreren Punkten mit Recht kritisiert worden, ist jedoch zumal im Zusammenhang der übrigen Arbeiten Stamlers nicht ohne Wert“⁵³.

Inwieweit die Begründung für eine nun positive Einschätzung des Leibniz-Buches trotz der bestätigten Kritik logisch nachvollziehbar ist, muss offen bleiben. Der Tenor des Gutachtens erfüllt aber offenbar die Erwartungen des Amtes Rosenberg. Denn nach dem Dank an Springmeyer führt der Leiter des Amtes Wissenschaftsbeobachtung und -wertung Dr. Wolfgang Erxleben aus:

„Stammler steht z. Zt. noch auf keiner Liste, so daß im Augenblick noch keine Möglichkeit gegeben ist, für ihn einzutreten. Jedoch werden wir bei der nächsten sich bietenden Gelegenheit seine sachlich guten Leistungen gebührend hervorheben können“⁵⁴.

Dazu ist es allerdings nicht mehr gekommen. Stammler legte auch nach 1945 noch etliche philosophische Schriften vor und wurde stellvertretender Leiter der Evangelischen Akademie Sachsen-Anhalt⁵⁵.

Die hier geschilderten Ambivalenzen und Widersprüchlichkeiten in der Beurteilung von Wissenschaftlern, die sich mit Leibniz befassten, sind typisch für die Arbeitsweise des Amtes Rosenberg und der ihm zuarbeitenden Wissenschaftler als Gutachter, wie es auch für zahlreiche Sozialwissenschaftler gezeigt werden konnte⁵⁶. Das ließe sich daraus ableiten, dass die angesprochenen Hochschul-Politiker zwar eine Politisierung der Philosophie im Sinne einer Durchsetzung des Primats der NS-Weltanschauung anstrebten, eine Kodifizierung des Umgangs mit Leibniz aber noch nicht einmal im Konsens der Unter-Ämter des Amtes Rosenberg geschweige denn mit dem Nationalsozialistischen Deutschen Dozentenbund erzielen konnten. Von einer Verwissenschaftlichung der Politik, wie sie in anderen Fällen durchaus zu beobachten ist, kann mit Bezug auf Leibniz auch nicht gesprochen werden. Wissenschaftspolitisch interessierte Vertreter des NS-Regimes haben Leibniz nicht als lohnendes Objekt der wissenschaftlichen Selbstlegitimation instrumentalisieren können. So kam es nicht zu einer rekursiven Kopplung. Wolfgang Mommsen liefert dafür einen Erklärungsrahmen, wenn er sagt:

„Es kam hinzu, dass sich im Zuge der Aufrüstung das Gewicht immer mehr auf den Sektor der angewandten Forschung verlagerte, während sich die Akademie traditionell als Repräsentant der Grundlagenforschung verstand“⁵⁷.

53 BArch, NS 15/239, Bl. 33; Gutachten über apl. Prof. Dr. Gerhard Stammler, H. Springmeyer; ohne Datum („Gutachten“ und „Stammler“ im Original gesperrt).

54 BArch, NS 15/239, Bl. 37; Hauptamt Wissenschaft, Amt Wissenschaftsbeobachtung und -wertung an Prof. Springmeyer, 21. September 1942.

55 Vgl. die Angaben zur Person Stamlers in den Nachkriegsausgaben von *Kürschners Deutschem Gelehrten-Kalender*.

56 Vgl. das Kapitel „Sozialwissenschaftler im Einflußbereich Alfred Rosenbergs“, in: Klingemann: *Soziologie im Dritten Reich*, S. 232–276.

57 Mommsen: „Wissenschaft, Krieg und die Berliner Akademie der Wissenschaften“, S. 16.

Daraus folgt, dass es zu einer nachhaltigen rekursiven Kopplung im Dritten Reich (nur) dann kam, wenn sich die politische Seite wissenschaftliche Leistungen mit Anwendungsreife erhoffen konnte. War dies gegeben, entwickelten sich daraus bis dahin in der deutschen Wissenschaftslandschaft unbekannte innovative Institutionen.

III. DIE INTERDEPENDENZ VON AUßERUNIVERSITÄRER PROFESSIONALISIERUNG UND AKADEMISCHER INSTITUTIONALISIERUNG

Dieser Prozess soll mithilfe des zweiten wissenschaftssoziologischen Ansatzes erläutert werden, nämlich dem der Interdependenz von außeruniversitärer Professionalisierung und akademischer Institutionalisierung einer Fachdisziplin. Ulfried Geuter hat diesen Zusammenhang sehr erhellend am Beispiel der Etablierung der Psychologie als Fach an den deutschen Universitäten herausgearbeitet. Bis 1933 konnte man zwar Lehrveranstaltungen in Psychologie besuchen, einen eigenen Studiengang für Psychologie gab es aber noch nicht. Erst als das NS-Regime professionelle Psychologen mit Hochschulabschluss als Eignungsprüfer für Offiziersbewerber benötigte, wurde der Diplomstudiengang Psychologie an den sich heftig sträubenden Universitäten politisch etabliert⁵⁸. Dass dies kein Einzelfall ist, belegt die Errichtung der neuen Auslandswissenschaftlichen Fakultät an der Berliner Universität unter der Regie des Sicherheitsdienstes der SS. Dort konnte man nicht nur den neuen Abschluss eines Diplom-Auslandswissenschaftlers erwerben, es wurde auch der Titel eines Doktors der Auslandswissenschaften verliehen. Die für bestimmte Länder und Regionen zuständigen Dozenten der Fakultät, darunter der Direktor der PAW Helmuth Scheel, leiteten auch die entsprechenden Abteilungen des gleichzeitig gegründeten und mit einem sehr großen eigenen Etat ausgestatteten Auslandswissenschaftlichen Instituts⁵⁹. Das politische Interesse an sozial- und

58 Vgl. Geuter: *Die Professionalisierung der deutschen Psychologie*, passim.

59 Vgl. Botsch: *„Politische Wissenschaft“ im Zweiten Weltkrieg*, passim. Auch lassen sich signifikante Rückwirkungen der außeruniversitären Professionalisierung der empirischen Sozialforschung auf die akademische Soziologie während des Nationalsozialismus beobachten. Empirisch arbeitende Soziologen in der Agrar- und Siedlungsplanung, der Raumforschung, der Ost- und Westforschung oder auch der Großstadtforschung wurden mit zum Teil außergewöhnlich hohen Drittmitteln sowie Lehrstuhl- und Institutsgründungen unterstützt. Zur Etablierung eines Soziologie-Studiengangs kam es – trotz verschiedener Versuche – nicht, jedoch stellt die Empirisierung der traditionellen Soziologie während der NS-Herrschaft einen Modernisierungsschub dar, der auch nach 1945 weit reichende Auswirkungen hatte. Vgl. Klingemann: *Soziologie im Dritten Reich*, passim; ders.: *Soziologie und Politik*, passim; ders.: „Soziologie“, in: *Kulturwissenschaften und Nationalsozialismus*, hrsg. von J. Elvert und J. Nielsen-Sikora, Stuttgart 2008, S. 390–444. Hingegen kam es wider Erwarten nicht zur akademischen Institutionalisierung einer Bevölkerungssoziologie, da auf diesem Feld rassenideologische Vorgaben dem entgegenstanden. Das führte paradoxerweise dazu, dass sich zwar gleich nach dem Untergang des Dritten Reichs für etwa eineinhalb Jahrzehnte eine eigenständige Flüchtlingssoziologie etablierte, getragen von ehemaligen ‚Reichssoziologen‘, der Bevöl-

politikwissenschaftlich fundiertem Expertenwissen in allen das Ausland betreffenden Fragen führte so zu einer akademischen Institutionalisierung von beachtlichen Ausmaßen.

Inwieweit dieser Ansatz für die Bestimmung der wissenschaftspolitischen Stellung der Akademien, insbesondere für das Projekt der Gründung einer Reichsakademie der Deutschen Wissenschaften, herangezogen werden kann, soll nun behandelt werden. Peter Nötzoldt hat jüngst herausgestellt, dass dieses Projekt ab 1940 vom Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung (REM) intensiv vorangetrieben wurde, namentlich Ernst Heymann, Vizepräsident der Akademie, und Rudolf Mentzel, Amtschef Wissenschaft im Reichswissenschaftsministerium und Präsident der Deutschen Forschungsgemeinschaft, entwickelten ein gemeinsames Konzept für die Ausgestaltung einer solchen Reichsakademie nach dem Vorbild der alten Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft. Demnach stand dahinter das Motiv des Wissenschaftsministeriums, ein zusätzliches Netzwerk auf einer Ebene über der Universität zu installieren, um „eine unmittelbare, erlebbare Forschungsförderung vor Ort“⁶⁰ praktizieren zu können. Jedoch wurde die Umsetzung des Plans schon 1942 auf die Zeit nach dem Krieg verschoben. Als Gründe führt Nötzoldt an, dass die alten Akademien im geplanten Kleinen Senat die gewünschte Monopolstellung in diesem wichtigen Entscheidungsgremium nicht erlangen würden und die Parität von Natur- und Geisteswissenschaften in den Entscheidungsgremien überhaupt als gefährdet angesehen wurde, mit der Folge, dass die alten Akademien die Gründung sabotierten⁶¹.

Nun stellt sich die Frage, ob diese Entwicklung auf das spezielle Verhältnis des REM zu den Akademien respektive zur geplanten Reichsakademie zurückzuführen ist, oder ob sich hier ein Strukturmerkmal der nationalsozialistischen Wissenschaftspolitik erkennen lässt. Das Ziel war ja, die „unmittelbare, erlebbare Forschungsförderung vor Ort“ durch Errichtung neuer wissenschaftlicher Gesellschaften an jedem Hochschulort zu institutionalisieren⁶². Meines Erachtens scheiterte die Aktion, weil zu befürchten war, dass sie hauptsächlich auf Kontrolle zielte. Denn konkrete Forschungsaufgaben oder gar Finanzmittel wurden nicht festgelegt beziehungsweise bereitgestellt, ebenso war nicht klar, in welchen Politikfeldern des Dritten Reichs deren mögliche Resultate hätten verwendet werden können.

Dass aber so ein reichsweiter interdisziplinärer Forschungsverbund, der seine regionalen Forschungsprojekte an einem von einer Zentrale vorgegebenen Programm zu orientieren hatte, realisiert werden konnte, bewies das Akademie-Mitglied Konrad Meyer. Er wurde 1939 aufgenommen und hielt 1940 seinen Festvortrag zum Thema „Bodenordnung als volkspolitische Aufgabe und Zielsetzung nationalsozialistischen

kerungssoziologie in Westdeutschland aber nur eine marginale Position zugebilligt wurde; vgl. Klingemann: *Soziologie und Politik*, Kap. 1.5, 2.2, und 2.3.

60 P. Nötzoldt: „Die Akademie der Wissenschaften zwischen Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft“, in: *Der Historiker Conrad Grau*, S. 103.

61 Vgl. ebd., S. 101–103.

62 Ebd., S. 103.

Ordnungswillens“⁶³. Wolfgang J. Mommsen meint, mit diesem Festvortrag habe die Akademie den Arbeiten Meyers, wie auch der gesamten Ost- und Siedlungsforschung, mittels ihrer beiden eigenen Projekte zum „Atlas des deutschen Lebensraumes in Mitteleuropa“ und über die „Geschichte des Deutschtums im Osten“ ihr „beträchtliches wissenschaftliches Prestige zukommen“ lassen. In dieser Rede habe Meyer das nationalsozialistische Umsiedlungs- und Aussiedlungsprogramm, das bekanntlich eine Vorstufe zur Vernichtung der europäischen Juden gewesen sei, „als großen Fortschritt gepriesen“⁶⁴. Dieser Beurteilung des sachlichen Gehalts der Rede und ihrer moralischen Verurteilung kann ich mich nur anschließen.

Was hier ergänzt werden soll, sind Aussagen zur sozialwissenschaftlichen Organisation dieses Ordnungsprogramms und ihrer Bedeutung für die Interdependenz von außeruniversitärer Professionalisierung und akademischer Institutionalisierung. Peter Th. Walther erwähnt in seinem Aufsatz über die „‚Arisierung‘, Nazifizierung und Militarisierung“ der Akademie auch die Aufnahme Meyers in die Akademie und dessen Tätigkeiten als „Ordinarius für Agrarsoziologie“⁶⁵ an der Berliner Universität, als Agrarpolitiker und Urheber des berühmten Generalplans Ost. Damit wird zwar angedeutet, dass Meyer in den beiden Subsystemen Wissenschaft und Politik gleichzeitig agierte, seine Schlüsselstellung wird aber noch nicht recht sichtbar. Er bewegte sich nämlich darüber hinaus auch noch auf anderen Feldern nationalsozialistischer Wissenschaftsorganisation und Wissenschaftspolitik. Als Leiter der Planungsabteilung des Reichskommissariats für die Festigung deutschen Volkstums, das dem Reichsführer SS Heinrich Himmler unterstand, und die sozioökonomische ‚Neuordnung‘ des ‚deutschen Ostens‘ und der okkupierten Territorien auf der Basis sozialwissenschaftlicher Expertise organisierte, bestimmte Meyer wissenschaftspolitische Weichenstellungen sogar selbst mit. Als Direktor des Instituts für Agrarwesen und Agrarpolitik in Dahlem verfügte er über einen eigenen Apparat, Wissenschaft und Politik zu amalgamieren, was sich schlagend in den dort entworfenen Varianten des Generalplans Ost manifestiert⁶⁶.

Die für das Wissenschaftssystem innovativste Leistung von SS-Oberführer Meyer lag allerdings darin, dass er maßgeblich eine bis dahin nicht gekannte wissenschaftliche Großforschungsorganisation als universitäres Pendant zu einer neuen staatlichen Fachbehörde mitgegründet hat. Ende des Jahres 1935 wurde die Reichsstelle für Raumordnung zusammen mit der von Meyer geleiteten Reichsarbeits-

63 K. Meyer: „Bodenordnung als volkspolitische Aufgabe und Zielsetzung nationalsozialistischen Ordnungswillens“, in: *Jahrbuch der Preußischen Akademie der Wissenschaften*, Jahrgang 1940, Berlin 1941, S. 191–209.

64 Mommsen: „Wissenschaft, Krieg und die Berliner Akademie der Wissenschaften“, S. 18.

65 P. Th. Walther: „‚Arisierung‘, Nazifizierung und Militarisierung. Die Akademie im ‚Dritten Reich‘“, in: *Die Preußische Akademie der Wissenschaften zu Berlin 1914–1945*, hrsg. von W. Fischer, R. Hohlfeld und P. Nötzoldt, Berlin 2000, S. 110.

66 Vgl. I. Heinemann: „Wissenschaft und Homogenisierungsplanung für Osteuropa. Konrad Meyer, der ‚Generalplan Ost‘ und die Deutsche Forschungsgemeinschaft“, in: *Wissenschaft – Planung – Vertreibung. Neuordnungskonzepte und Umsiedlungspolitik im 20. Jahrhundert*, hrsg. von I. Heinemann und P. Wagner, Stuttgart 2006, S. 45–72.